

A stylized world map composed of a grid of grey dots. Several dots are highlighted in red, representing specific countries or regions. The map is centered behind the title.

Populismus in Lateinamerika

Zwischen Demokratisierung und Autoritarismus

CARLOS DE LA TORRE
August 2013

- Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Populismus in Lateinamerika reicht von Positionen, die ihn als Bedrohung der Demokratie betrachten, durch die autoritäre Regime entstehen können, bis zu Interpretationen, die ihn als Umwälzungsbewegung begreifen, über die ausgrenzende institutionelle Systeme demokratisiert werden.
- Die klassischen Populisten traten generell im Kontext von Krisen oligarchischer Ordnungen auf, die breite Bevölkerungsschichten marginalisierten. Daher verstanden sie unter Demokratie weniger die Einhaltung der Normen und die Anerkennung der Institutionen der liberalen Demokratie als vielmehr, die Besetzung öffentlicher Räume, von denen Arme und Nichtweiße ausgeschlossen waren.
- Nach Ansicht zahlreicher Wissenschaftler_innen haben Hugo Chávez in Venezuela, Rafael Correa in Ecuador und Evo Morales in Bolivien eine Erneuerung der Demokratie bewirkt. Expert_innen, die sich auf den liberalen Aspekt der Demokratie konzentrieren, der die Rechte der Opposition, den Pluralismus und die staatsbürgerlichen Freiheiten garantiert, kommen allerdings zu einer entgegengesetzten Einschätzung. Die Kritik an den autoritären Zügen der genannten Regierungen ist sicher zutreffend; gleichwohl sind auch ihre inklusionsfördernden und demokratisierenden Aspekte zu berücksichtigen.
- Der Populismus stellt weder eine inhärente Bedrohung für die Demokratie noch ihre Rettung dar. Während er einerseits die Demokratie erneuert und die sozialen Ungleichheiten und alltäglichen Demütigungen der Armen und Nichtweißen politisiert, kann er andererseits Repräsentationsformen hervorbringen, die in der Anti-Utopie (Dystopie) der Einheit zwischen dem Volk und dem Willen einer Führerfigur die gesellschaftliche Vielfalt leugnen.



Inhalt

1. Das Erbe des klassischen Populismus: Die 1940er bis 1970er Jahre	2
2. Die Mehrdeutigkeit des Neopopulismus: Die 1990er Jahre	3
3. Der radikale Populismus: Feind oder Retter der Demokratie?	5
4. Partizipation: Unterschiede zwischen den Linkspopulisten	7
4.1 Chávez: Partizipatorische und protagonistische Demokratie	7
4.2 Correa: Expertenelite statt Partizipation	8
4.3 Morales: Das Prinzip der kommunalen Demokratie	9
5. Zum Verhältnis von Populismus und Volk	10
6. Schlussfolgerungen	12
Literatur	14

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen Populismus und Demokratisierung in Lateinamerika ist sehr vielschichtig. Dieser Beitrag betrachtet daher zunächst den klassischen Populismus von den 40er Jahren bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts sowie den Neopopulismus der 1990er Jahre. Vor diesem Hintergrund wird anschließend der gegenwärtige Linkspopulismus, für den die Regierungssysteme von Hugo Chávez¹ in Venezuela, Rafael Correa in Ecuador und Evo Morales in Bolivien stehen, näher untersucht. Zudem sollen in dieser Analyse die wissenschaftliche Konzeption des Populismus und seine positiven wie negativen Wirkungen für die Demokratisierung in der Region erläutert werden.

1. Das Erbe des klassischen Populismus: Die 1940er bis 1970er Jahre

Für Gino Germani war der Populismus eine Form autoritärer Herrschaftsausübung, die bewirkte, dass jene, die von der Politik ausgeschlossen waren, einbezogen wurden. Es handelte sich um ein Phänomen, das mit dem Übergang traditioneller Gesellschaften zur Moderne einherging. Der »zünftig voranschreitende Prozess der Industrialisierung und massenhaften Urbanisierung« brachte eine »breite, innerhalb kurzer Zeit gewachsene untere Gesellschaftsschicht« hervor, die »keinerlei Gewerkschaftserfahrung hatte und zum genannten Zeitpunkt auch noch nicht von den bereits bestehenden Arbeiterparteien politisch sozialisiert worden war« (Germani 1971: 322). Zwischen Juan Domingo Perón und seiner Basis in Argentinien bestand ein persönliches, auf Charisma beruhendes Verhältnis. Seine Besuche in Betrieben und bei Gewerkschaften sowie die Massenkundgebungen »in Verbindung mit dem umfassenden Einsatz der Massenmedien, vor allem des Radios« waren »wesentliche Faktoren für die Konstruktion der Figur Perons als ›Mann der Stunde‹, der als Einziger imstande war, den Arbeitern zu helfen« (Germani 2010: 618).

Perón wurde, wie es Germani ausdrückte, zum »kraftvollen Symbol eines mythischen Zeitalters« (Germani 2010: 619). Seiner Ansicht nach war die Führung Perons in einer »im Land gewachsenen politischen Kultur begründet (...), die nicht nur auf der passiven Akzeptanz

eines autoritären, durch die Tradition legitimierten oder aufgrund seines Charismas akzeptierten Machthabers beruhte, sondern auch im Bewusstsein des Rechts auf Partizipation verankert war« (Germani 2010: 627). Der »anorganischen Demokratie« im Sinne Germanis liegt ein Verständnis von Demokratie als politische Partizipation, die nicht institutionell vermittelt wird, zugrunde; sie kann der Gefolgschaft autoritärer Führungen nachgeordnet sein. Nach Auffassung Germanis besteht die Gefahr eines Rückfalls moderner Gesellschaften in den Autoritarismus oder sogar den Totalitarismus. National-populäre Regierungssysteme stehen beispielhaft für das tiefergehende Spannungsverhältnis zwischen »gesellschaftlicher Säkularisierung und der für die Integration notwendigen Beibehaltung eines präskriptiven Kerns«, das in den Autoritarismus münden kann (Germani 1978: 7).

Die Dependenztheorie der 1960er Jahre verstand den Populismus als einen mit der Politik der Importsubstitution verknüpften Abschnitt in der Geschichte Lateinamerikas (Ianni 1973; Weffort 1998). Demnach traten Populismen im Kontext der Krise oligarchischer Ordnungen auf, die zwar ihre Legitimität aus dem Liberalismus bezogen, jedoch breite politische Schichten durch Betrug und Beschränkungen des Stimmrechts marginalisierten. Es handelte sich um schichtenübergreifende Bewegungen des Industriebürgertums, der Mittelschicht und des Proletariats. Die national-populären Regierungssysteme wurden als demokratiefördernd wahrgenommen; schließlich erweiterten sie die Wählerbasis und bezogen ihre Legitimität aus nicht zu beanstandenden Wahlsiegen. Die populistische Wirtschaftspolitik dieser Zeit betrieb eine Umverteilung des Einkommens, erhöhte die Mindestlöhne und unterstützte die Bildung von Gewerkschaften. In vielen Fällen erfolgten strukturelle Transformationen wie etwa Landreformen. Gleichzeitig handelte es sich um Regierungen, die in den rassistischen Gesellschaften auch die ärmsten Gruppen und die nichtweiße Bevölkerung miteinbezogen und diese als die wahren Vertreter_innen der Nation darstellten.

Trotz der autoritären Züge der populistischen Führer_innen, die die Arbeiterschaft mit Hilfe ihrer Demagogie manipulierten, die organisierte Linke angriffen und die Arbeitnehmer_innen durch Vergünstigungen kooptierten (Ianni 1973), erkennt die Dependenztheorie-Literatur vor allem ihre Auswirkungen auf die »grundsätzliche Demokratisierung Lateinamerikas« (Vilas 1995) an. Diese stützte sich auf wirtschaftliche Umverteilungs-

1. Hugo Chávez war von 1999 bis zum seinem Tod 2013 Staatspräsident von Venezuela.

politiken, Nationalismus, Staatsinterventionen und die Förderung der Selbstorganisation und Partizipation der Bevölkerung.

Das Erbe dieser Einbeziehung der Bevölkerung unter populistischem Vorzeichen kommt im lateinamerikanischen Demokratieverständnis zum Ausdruck. Enrique Peruzzotti (2008, 2013) weist darauf hin, dass die demokratische Glaubwürdigkeit des Populismus zwar auf sauberen Wahlen beruhe, Populisten jedoch der Ansicht seien, dass die Wählerschaft nach erfolgter Wahl dazu verpflichtet sei, sich politisch der Führerfigur zu unterwerfen. So erklärte zum Beispiel Perón: »Wir haben dem argentinischen Volk die Möglichkeit gegeben, sich in den freiesten und ehrlichsten Wahlen der argentinischen Geschichte zwischen uns und unseren Gegnern zu entscheiden. Das Volk hat uns gewählt, damit ist dieses Dilemma gelöst. In Argentinien wird jetzt gemacht, was wir sagen.« (Peruzzotti 2008: 109) Dieses Demokratieverständnis bezieht die Verfahren der Rechenschaftspflicht über die Wahlen hinaus nicht mit ein und lässt die Abläufe der liberalen Demokratie außer Acht. Denn während die Führerfigur den Wunsch des Volkes nach Veränderung verkörpert, werden die Mechanismen zum Minderheitenschutz als hinderlich für den Ausdruck des Volkswillens angesehen, der sich in der Führerfigur widerspiegelt. Die Repräsentation im populistischen Sinn postuliert demnach die Interessengleichheit von Volk und Führerfigur, die sich selbst zum Symbol und zur Inkarnation der Nation macht. Liberale Repräsentationsformen und die institutionellen Verfahren der repräsentativen Demokratie gelten als Hindernisse für den Ausdruck des Willens der Bevölkerung.

Der Populismus verstand unter Demokratie nicht so sehr die Einhaltung der Normen und die Anerkennung der Institutionen der liberalen Demokratie als vielmehr die Besetzung öffentlicher Räume, von denen Arme und Nichtweiße ausgeschlossen waren (de la Torre 2007). Im Unterschied zu den Formen liberaler Partizipation, denen es darum geht, »ein auf der Institutionalisierung der Partizipation der Bevölkerung und auf dem Rechtsstaat beruhendes System umzusetzen«, stützen sich die populistischen Formen eher auf eine ästhetische und liturgische als eine institutionelle Einbeziehung (Álvarez Junco 1994: 26). »Die Führerfigur verbreitet die Mythen und Symbole, die das ›Volk‹ als legitimen Träger der nationalen und demokratischen Werte ausweist und konstruiert die Riten und Festlichkeiten, aus deren Anlass das neu

hervortretende kollektive Subjekt die neue Bürgerreligion in Kraft setzt.« (Álvarez Junco 1994: 25f) So versammelten sich zum Beispiel am 23. September 1945 die Anhänger_innen der kolumbianischen Führerfigur Jorge Eliécer Gaitán in der Stierkampfarena »El circo de Santa María« von Bogotá, wo die »Passionswoche« der Gefolgschaft Gaitáns ihren Abschluss fand. Ihre Euphorie nach der Kundgebung – mit Sprechchören wie »in der Santa-María-Arena ist die Oligarchie gestorben« und »ob es ihr gefällt oder nicht, ob sie will oder nicht, es ist Gaitán, der zu ihr spricht« – ließ keine Zweifel hinsichtlich der Wirkung der Kundgebung auf die Teilnehmer_innen aufkommen, die sie als eine Veranstaltung für mehr Demokratie und zu ihrer eigenen Widerspiegelung in der Figur Gaitáns, des Anführers des Volkes, erlebt hatten (Braun 1985: 93-99).

Die Besetzung des öffentlichen Raums durch Aufmärsche, politische Kundgebungen und Versammlungen ging einher mit manichäischen Reden an das Volk, das als Verkörperung der »authentischen« Tugenden und Werte der Nation dargestellt wurde, und Äußerungen gegen die »korrupte und vaterlandslose« Oligarchie. Der Populismus ist ein Diskurs, der die Gesellschaft in zwei widerstrebende Lager teilt: das Volk gegen die Oligarchie. Aufgrund der erlittenen Entbehrungen ist das Volk der Bewahrer alles Authentischen, Guten, Gerechten und Moralischen. Dem Volk steht das Gegen-Volk bzw. die Oligarchie gegenüber, die das Nichtauthentische, Schlechte, Ungerechte und Unmoralische darstellt. Damit erhält die Politik einen moralischen, beinahe religiösen Charakter (de la Torre 1992). Für Kompromisse oder Dialoge gibt es keinen Spielraum, und sämtliche politische Konflikte werden als Auseinandersetzungen zwischen den gegensätzlichen Lagern in Szene gesetzt (Iazzetta 2012).

2. Die Mehrdeutigkeit des Neopopulismus: Die 1990er Jahre

Vertreter_innen der Dependenztheorie und Modernisierungstheoretiker_innen gingen bei der Betrachtung des Populismus von einem Akkumulationsansatz aus, wonach das Phänomen als Typus eines Klassenbündnisses, einer bestimmten wirtschaftlichen Verteilungspolitik und Entwicklungsphase der Region definiert wurde (Weyland 2001). Nach Ansicht aller, die den Populismus demnach vor allem als einen geschichtlichen

Abschnitt zur Vertiefung der Demokratie verstanden (Lynch 1999; Quijano 1998), haben die Regierungen von Carlos Menem in Argentinien (1989-1999) und Alberto Fujimori in Peru (1990-2000) nichts mit Populismus zu tun. Denn ihre neoliberale Wirtschaftspolitik bildete eine Antithese zu Staatsdirigismus und nationalistischer Umverteilungspolitik und trug nichts dazu bei, die unteren Bevölkerungsschichten einzubeziehen, sondern beförderte vielmehr deren Ausgrenzung.

Eine neue Gruppe von Wissenschaftlern, in erster Linie Politikwissenschaftler, betrachtete den Populismus nun nicht mehr vorrangig in Zusammenhang mit der Klassenstruktur, den wirtschaftspolitischen Ansätzen zur Umverteilung sowie mit verschiedenen Entwicklungsphasen (Novaro 1996; Roberts 1995; Weyland 1996). Kurt Weyland (2001: 12) definierte den Populismus demzufolge als eine politische Strategie, um Macht zu erringen oder zu erhalten. Mit deren Hilfe streben personalistische Führerfiguren die direkte, nicht vermittelte und nicht institutionalisierte Unterstützung einer großen Anhängerschaft an. Weyland unterscheidet zwischen klassischem Populismus und Neopopulismus. Während der klassische Populismus ausgeschlossene Gruppen einbezog und Institutionen oder Organisationen wie etwa Parteien die Führung übernahmen, geht es beim Neopopulismus um den Kampf gegen die politische Klasse; Parteigründungen finden nicht statt, und die Wählerschaft wird mit Hilfe von Netzwerken mobilisiert, die bei jeder Wahl aktiviert werden.

In der Phase des Neopopulismus bildeten sich einige Gemeinsamkeiten zwischen charismatischen Führerfiguren und Expert_innen heraus. Die neoliberalen Technokrat_innen stimmten mit den neopopulistischen Führerfiguren folglich darin überein, dass sie sich als Vertreter_innen des nationalen und des allgemeinen Interesses verstanden (Weyland 2001, 2003). Während die Neoliberalen jedoch dem Markt Vorrang gegenüber den Einzelinteressen einräumten, interpretierten die Neopopulist_innen ihre politische Führung als Ausdruck des Volkswillens, der über allem zu stehen hatte, ohne Parteien und ungehindert von Justiz und Parlamenten (Weyland 2006: 139). Mit den Neoliberalen teilten sie aber auch den Antagonismus gegenüber der politischen Klasse, da diese, um die Nutznießer der gescheiterten Importsubstitutionspolitik zu verteidigen und ihre Partikularinteressen zu befriedigen, in den Markt eingegriffen und sich des Willens der Bevölkerung bedient hatte.

Gemeinsam war ihnen ebenso die Überzeugung, dass die Macht in der Exekutive konzentriert werden müsste, um tiefgreifende Reformen durchführen zu können. Die Harmonie zwischen neoliberalen Expert_innen und charismatischen Anführer_innen endete jedoch, nachdem sie die galoppierende Inflation »besiegt« hatten. Ab dem Zeitpunkt, an dem die Neopopulist_innen eine wachstums- und beschäftigungssteigernde Politik hätten umsetzen müssen, fanden sie sich durch die technokratischen Empfehlungen der Neoliberalen eingeeignet und besetzten die Spitzenpositionen in den Wirtschafts- und Finanzministerien neu (Weyland 2003: 1100).

Einige Wissenschaftler_innen sind der Ansicht, dass der Neopopulismus eher mit der liberalen Demokratie vereinbar ist als der klassische Populismus (Weyland 2001: 16). Diese Einschätzungen stützen sich auf Untersuchungen über die Transformation des peronistischen Diskurses von Carlos Menem in Argentinien. Marcos Novaro (1998) argumentiert demnach, Menem habe das Merkmal des gesellschaftlichen Antagonismus aus dem peronistischen Diskurs entfernt. Nach dem Zusammenbruch der letzten Diktatur leitete die Justizialistische Partei² einen Reformprozess ein. Die Peronisten akzeptierten die Demokratie und änderten ihre Sichtweise der politischen Auseinandersetzung. Frühere Feind_innen wurden zu Gegner_innen, die das Recht hatten zu existieren und ihre Meinung zu äußern. Diese Wandlung innerhalb des peronistischen Diskurses lässt sich mit dem zunehmenden Gewicht der Menschenrechtsbewegung und ihres Diskurses sowie mit den Impulsen aus der Staatsbürger-Rhetorik erklären (Peruzzotti 1997). Diese Neuausrichtung änderte jedoch nichts am politischen Handeln Menems, der mit Hilfe von Notverordnungen und unter Berufung auf Sonderrechte der Exekutive weiter regierte.

Der Wandel innerhalb des peronistischen Diskurses erfolgte zeitgleich mit der Krise der Arbeiterbewegung. Menem nutzte ihre Spaltung geschickt aus und sicherte sich die Unterstützung einiger Gewerkschaftsführer_innen für Wirtschaftsreformen, die ihren kollektiven Einfluss weiter schwächten. Zudem suchte er die Nähe zu den mächtigsten Unternehmensgruppen und internationalen Organisationen. Seine ehemals nationalistische Partei wandelte sich zu einem glühenden Verfechter

2. Die Justizialistische Partei wurde 1947 unter Juan Domingo Perón gegründet und wird im Deutschen meist als Peronistische Partei bezeichnet.

der wirtschaftlichen Öffnung und der Globalisierung. Gleichwohl konnte er mit der Unterstützung der Ärmsten rechnen. Die mit Hilfe von Patronage und klientelistischen Netzwerken umgesetzten Programme zur Armutsbekämpfung hatten zur Folge, dass die peronistischen Loyalitäten reaktiviert wurden. Nach Javier Auyero (1998) behielt der Peronismus in der Menem-Ära demnach seine Symbolik bei, nicht aber seine Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Der Neopopulismus ließ sich jedoch nicht immer mit der liberalen Demokratie vereinbaren. Steven Levitsky und James Loxton vertreten die Auffassung, dass der Populismus von Alberto Fujimori in Peru in eine kompetitiv-autoritäre Regierung mündete. Dabei handelte es sich um eine Zivilregierung, deren Wahl zwar an der Wahlurne erfolgte, jedoch in einem Kontext, in dem das Wahlumfeld systematisch die Regierungskandidat_innen begünstigte. Nach Ansicht der Autoren führen erfolgreiche Populismen zur Herausbildung von autoritären Regimen, die als solche am politischen Wettbewerb teilnehmen. Populisten sind Outsider, deren Sozialisation außerhalb demokratischer Spielregeln und einer kompromissorientierten parlamentarischen Politik stattgefunden hat. Ihr Auftreten erfolgt in erster Linie vor dem Hintergrund einer Krise der Parteien und anderer politischer Institutionen, vor allem aber des Parlaments. Mit der Machtübernahme erhalten sie das Mandat, der Vorherrschaft der traditionellen Politiker_innen ein Ende zu setzen und die Demokratie neu zu begründen. Laut Fujimori stützte sich die peruanische Demokratie alleine aufs »Redenschwingen«, weshalb er versuchte, die Parteienherrschaft durch eine Form der Demokratie zu ersetzen, »die imstande ist, unsere Probleme effektiver zu lösen« (Levitsky und Loxton 2012: 172). Er gelangte ohne den Rückhalt der Parteien an die Macht, während sich verschiedene Staatsorgane jedoch weiterhin in der Hand der etablierten Parteien befanden. Dadurch war für ihn der Anlass zum Angriff auf die Organe der repräsentativen Demokratie, wie etwa den Obersten Gerichtshof, den Kongress und das Wahlgericht, gegeben. In der Folge kam es zu institutionellen Krisen, die auf undemokratische Weise gelöst wurden. So verfügte Fujimori beispielsweise die willkürliche Schließung des Kongresses.

Guillermo O'Donnell verwendete den Begriff der »delegativen Demokratie«, um die Regierungen Fujimori und Menem zu kennzeichnen. Die delegative Demokratie

unterscheidet sich demnach insofern vom Demokratieverständnis der klassischen Populisten, als diese keine breiten Bevölkerungsschichten mobilisierte. Vielmehr handelte es sich um eine Elitendemokratie, die auf die Partizipation der breiten Bevölkerung verzichtete. Ebenso wenig unterstützte sie Mechanismen, mit deren Hilfe die Rechenschaftspflicht über die Wahlen hinaus erfüllt wird (Peruzzotti 2013). Die delegative Demokratie geht zwar von sauberen Wahlen aus, achtet jedoch weder die Grundrechte noch die demokratischen Verfahrensweisen, weil ihr zufolge den Wahlsieger_innen das Mandat übertragen wird, die Regierung gemäß ihren Vorstellungen vom wohlverstandenen Interesse der Gemeinschaft zu führen. Die Präsident_innen geben sich als Personifizierung der Nation aus, und da sie sich für die Retter_innen des Vaterlandes halten, steht ihre Regierungspolitik nicht notwendigerweise im Einklang mit Wahlkampfversprechen oder Vereinbarungen mit politischen Parteien, von denen sie unterstützt wurden. Die Führerfigur trägt die Verantwortung für das Schicksal der Nation, deshalb ist sie ununterbrochen einer Volksabstimmung über ihre Rolle als Quelle der Erlösung oder als Ursache des Unheils der Nation unterworfen. Teil dieser Logik ist der Zeitdruck, wodurch das Handeln von Regierung und Opposition stets einem kurzfristigen Interessekalkül folgt. Die Gesetze und das auf demokratischen Normen beruhende Handeln zählen weniger als die direkte Aktion zugunsten dessen, was die Träger_innen des Volksmandats unter den wohlverstandenen Interessen der Nation verstehen. Die Möglichkeiten für Bündnisse und zum Dialog sind dabei begrenzt. Da sich die Präsident_innen als die Verkörperung des Willens der Nation begreifen, verspüren sie auch keine besondere Veranlassung, Vereinbarungen mit der Opposition zu treffen oder den Dialog mit ihr zu suchen. Dieser bleibt wiederum keine andere Wahl, als ähnlich wie die Regierung zu rechtlich zweifelhaften Mitteln zu greifen, um den Einfluss der Präsident_innen zu verringern.

3. Der radikale Populismus: Feind oder Retter der Demokratie?

Hugo Chávez in Venezuela, Rafael Correa in Ecuador und Evo Morales in Bolivien ähneln insofern den Neopopulist_innen, als dass sie gegen die Vorherrschaft der traditionellen Parteien Stellung bezogen. Im Unterschied zu den Neopopulist_innen steht jedoch ihre nationalistische und auf Umverteilung ausgerichtete Wirtschafts-

politik als Gegensatz zum Neoliberalismus. Damit sind sie eher mit den klassischen Populisten vergleichbar. Die genannten Linkspopulisten verstehen sich nicht als reguläre Politiker, die für eine bestimmte Zeit gewählt wurden (Montúfar 2013). Sie fühlen sich vielmehr als Träger einer mythischen Mission wie die Herbeiführung einer zweiten Unabhängigkeit. Ihr Ziel ist, demokratische Systeme zu erschaffen, die imstande sind, die Defekte der liberalen Demokratie zu überwinden. Chavez' Mission war die Anführung der bolivarianischen Revolution, die den Sozialismus des 21. Jahrhunderts und den »Estado comunal« (Kommunalen Staat) aufbauen sollte (López Maya/Panzarelli 2012). Rafael Correa ist dagegen die Führerfigur einer Bürgerrevolution, der es um die Rückgewinnung der nationalen Souveränität und die Unterstützung der Armen mit Hilfe von Umverteilungspolitiken geht (Conaghan 2011; Montúfar 2013). Evo Morales hat sich letztlich eine antikolonialistische Kulturrevolution und den Aufbau einer plurinationalen Gesellschaft vorgenommen, in der die repräsentative Demokratie mit Formen der kommunalen und indigenen Demokratie koexistiert (Crabtree 2013; Mayorga 2012).

Die wissenschaftliche Diskussion über das Verhältnis dieser Regierungen zur Demokratie reicht von Positionen, die sie als Alternativen zu den ausgrenzenden politischen Ordnungen der neoliberalen Parteienherrschaft verstehen, bis hin zu solchen, die sie als autoritär einstufen. Zahlreiche Wissenschaftler_innen vertreten die Auffassung, dass Hugo Chávez, Rafael Correa und Evo Morales eine Erneuerung der Demokratie bewirkt haben. Ihr demokratisches Mandat beruht auf ihrem Engagement für soziale Gerechtigkeit sowie auf einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die der neoliberalen Ausrichtung ein Ende setzte. Der Staat spielt sowohl bei der Kontrolle der natürlichen Ressourcen als auch bei der Einkommensverteilung sowie dem Schutz der Ärmsten und am meisten Gefährdeten eine zentrale Rolle. Die genannten Regierungen haben ihre Gesellschaften demokratisiert, indem sie partizipatorische verfassungsgebende Versammlungen einberiefen, mit denen die Defizite der liberalen Demokratie behoben werden sollten. Neue Verfassungen wurden ausgearbeitet, mit deren Hilfe die Rechte ausgebaut und Modelle für eine partizipatorische, direkte – und im Fall Boliviens, kommunale – Demokratie geschaffen wurden. Darüber hinaus siegten sie in sauberen Wahlen und es gelang ihnen, die korrupten politischen Eliten von der Macht zu verdrängen. Letztlich wird argumentiert, dass die Unter- und Mittelschicht ihre poli-

tische Partizipation steigern konnte, indem sie von den Regierungen in ihrer populistischen Rhetorik glorifiziert und symbolisch mit einbezogen wurde (Correa 2012; García Linera 2009; Raby 2006; Gallegos Ramírez 2010; Wilpert 2007). Einige Beobachter_innen halten diese Regierungen daher für Modelle, die sich auch zur Nachahmung für eine weitere Demokratisierung der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder eignen könnten (Ali 2008; Raby 2006).

Wissenschaftler, die den liberalen Aspekt der Demokratie, der die Rechte der Opposition, den Pluralismus und die Grundrechte garantiert, ins Zentrum stellen, kommen allerdings zu einem entgegengesetzten Ergebnis. Sie vertreten die Ansicht, dass diese Regierungen autoritär sind, weil sie die Macht in der Hand der Exekutive bündeln, die Oppositionellen als gegen die Interessen des Revolutionsprozesses agierende bössartige Feinde darstellen und restriktiv gegen die privaten Kommunikationsmedien vorgehen. Zudem finden dort Wahlen unter Bedingungen statt, die die Amtsinhaber_innen begünstigen, ohne dass der Opposition dieselben Garantien gewährt werden (Corrales 2005; Corrales/Penfold 2011; Mayorga 2009; Weyland 2013).

Indem in populistischen Regimen die Macht bei der Führerfigur konzentriert wird und die Gegenmächte eingeschränkt werden, entwickeln sie sich zu hybriden Regierungssystemen (Corrales/Penfold 2011: 149). Sie stellen eine neue Form des Autoritarismus dar, die sich demokratischer Instrumente wie zum Beispiel Wahlen bedient, um gleichzeitig mit der Demokratie unvereinbare Resultate wie etwa den Ausschluss politischer Rivalen zu fördern (Corrales 2005: 105). Kurt Weyland (2013) argumentiert, dass Chávez, Correa und Morales zu einer Zeit steigender Rohstoffpreise an die Macht kamen, was ihnen gegenüber dem Diktat der Märkte und den internationalen Institutionen eine autonomere Wirtschaftspolitik ermöglichte.

Im Gegensatz zu den Rechtspopulisten Fujimori und Menem, die vorrangig die galoppierende Inflation bekämpften, setzen sich die oben genannten Linkspopulisten für langfristige Strukturreformen wie den Abbau von Ungleichheit und Armut ein. Ihre staatsdirigistische Politik gibt ihnen eine stärkere Kontrolle über die Wirtschaft als die neoliberale Politik, die das Gewicht des Staates abgebaut hatte. Die Linkspopulisten sind Teil eines neuen antihegemonialen Blocks, der keine Unterstützung

der internationalen Institutionen anstrebt, sondern stattdessen antineoliberale Wirtschaftsbündnisse auf regionaler und internationaler Ebene ins Leben ruft. Dadurch entgehen sie der dauernden Einengung durch die Empfehlungen und Verabschiedungen der multilateralen Institutionen, die sich für die demokratischen Freiheiten stark machen und als Verteidiger der Privilegien der überholten Ordnung angesehen werden. Unter Berücksichtigung aller genannten Faktoren kommt Weyland (2013) zu dem Schluss, dass die negativen Auswirkungen dieser Regierungssysteme auf die Demokratie länger anhalten werden als die konjunkturbedingten Angriffe der Rechtspopulisten, deren Basis brüchiger war.

Ich teile die Kritik an den autoritären Zügen dieser Regierungen sowie den normativen Ansatz, wonach das Fehlen individueller Freiheitsrechte und starker Institutionen der Möglichkeit der selbstständigen Organisation und Ausdrucksfähigkeit der Zivilgesellschaft, unabhängig von staatlicher Einflussnahme, entgegensteht. Meiner Ansicht nach sind jedoch auch die inklusionsfördernden und demokratisierenden Aspekte, die mit diesen Regierungen verbunden sind, zu berücksichtigen. Wie Robert Dahl erläutert, garantiert die Demokratisierung nicht nur das Recht der Opposition, zu gleichen Bedingungen am Wettbewerb teilnehmen, die Regierung kritisieren und alternative Meinungen vorbringen zu können. Demokratisierung bedeutet auch, Partizipation und Inklusion zu fördern (Rovira 2011; Mudde/Rovira 2012). Misst man die linkspopulistischen Regierungen an diesen Maßstäben, so verbessert sich ihre demokratische Glaubwürdigkeit. Letzten Endes beruht ihre Legitimität auf sauberen Wahlsiegen, und ihre an den Bedürfnissen der Armen orientierte Sozialpolitik hat wesentlich zum Abbau der Ungleichheit beigetragen. Nach Angaben des von der VN Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) herausgegebenen Berichts Sozialpanorama Lateinamerikas ging in Venezuela zwischen 2002 und 2011 die Armut von 48,6 Prozent auf 42,4 Prozent zurück. In Ecuador fiel sie im gleichen Zeitraum von 49 Prozent auf 32,4 Prozent und in Bolivien sank sie von 62,4 Prozent (2002) auf 42,4 Prozent im Jahre 2010 (CEPAL 2012: 14).

4. Partizipation: Unterschiede zwischen den Linkspopulisten

Die linkspopulistischen Regierungen haben zwar durch ihre Politik im Allgemeinen, insbesondere aber durch ihre Wirtschaftspolitik dem Neoliberalismus ein Ende bereitet; in der Frage der Partizipation ihrer Bevölkerung setzen sie jedoch unterschiedliche Schwerpunkte. In Venezuela und Ecuador geht die politische Initiative von der Exekutive aus, während in Bolivien die sozialen Bewegungen der Regierungsarbeit Grenzen setzen und eigenständige Initiativen entwickeln. In Venezuela und Bolivien wurden zudem institutionelle Mechanismen geschaffen, mit deren Hilfe die Partizipation insbesondere auf lokaler Ebene vertieft werden konnte, während sich die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung in Ecuador auf das Wahlrecht beschränken.

4.1 Chávez: Partizipatorische und protagonistische Demokratie

Unter der Regierung Chávez wurde das System der partizipatorischen und protagonistischen Demokratie eingeführt. Einige Autor_innen vertreten die Auffassung, dass diese sich »von der bürgerlichen Demokratie, also dem ausschließlich repräsentativen politischen System unterscheidet« und auf der »alltäglichen realen Machtausübung durch die breite Mehrheit der Bevölkerung« beruht (Acosta 2007: 22). Zur Institutionalisierung der partizipatorischen und protagonistischen Demokratie schuf die Regierung Chávez mehrere Instanzen, von denen die bolivarianischen Zirkel und die kommunalen Räte am besten erforscht sind. Die bolivarianischen Zirkel organisierten sich von 2001 bis 2004 und spielten bei den Protesten gegen den Staatsstreich von 2002 gegen Chávez eine wichtige Rolle. Zweifellos haben die Zirkel die Partizipation der Bevölkerung verstärkt und zur Politisierung von bis dahin ausgeschlossenen gesellschaftlichen Sektoren beigetragen, doch sie beruhten nicht auf der »Art von Autonomie, wie sie für eine Demokratie nötig ist« (Hawkins/Hansen 2006: 127). Sie operierten bei der Ressourcenzuweisung nach klientelistischen Kriterien und stützten sich auf charismatische Vermittlungsmechanismen zwischen der Führerfigur und ihren Anhänger_innen, die eine Autonomie der Basis unmöglich machten (Arenas/Gómez Calcaño 2006).

Nach Chávez' Wahlsieg von 2006 erfolgte eine Radikalisierung der Prozesse mit dem Ziel, den Sozialismus des 21. Jahrhunderts und den Kommunalen Staat aufzubauen. Wie Chávez erklärte, »ist die Macht des Volkes die Seele, der Nerv, das Rückgrat, das Fleisch und das Wesen der boliviarischen Demokratie, der revolutionären Demokratie, der wahren Demokratie« (zit. nach Sosa 2007: 52). Laut Regierung »sind die kommunalen Räte Räume, von denen aus die partizipatorische und protagontische Demokratie errichtet wird und dank derer die organisierten Gemeinschaften der repräsentativen Demokratie die direkte Demokratie entgegengesetzt werden« (Maingón 2007: 128). Eine auf der Befragung von 1 200 kommunalen Räten beruhende Untersuchung zeigt, dass die Mehrzahl ihrer Vorhaben in die Bereiche öffentliche Infrastruktur, Stadtplanung und öffentliche Dienstleistungen fielen (Machado 2008: 32). Die Studie vertritt die Auffassung, dass »es sich um einen progressiven Prozess des Protagonismus und der Verantwortung der Basis zur Ausarbeitung kollektiver Antworten auf die Frage nach einem besseren Leben handelt« (Machado 2008: 50). Kritisch hinterfragt werden positive Schlussfolgerungen dieser Art hingegen von Untersuchungen, die auf die Gefahr hinweisen, dass der Staat »zwecks politischer und sozialer Kontrolle in das Leben der Kommunen eindringen könnte« (Reyna/D'Elia 2009: 21). Diese Risiken werden durch die Rolle der Streitkräfte in den kommunalen Räten verstärkt, wo sie Verteidigungskomitees aufbauen; sie nehmen aber auch direkt auf die Projekte zur integralen Entwicklung und nationalen Mobilisierung Einfluss (Reyna/D'Elia 2009: 12).

Eine Umfrage des Centro Gumilla hat herausgefunden, dass sich 84 Prozent der Befragten an den Aktionen der kommunalen Zentren beteiligen (Machado 2008: 23). Diese Ergebnisse werden jedoch nicht von allen Wissenschaftler_innen geteilt. So weist Margarita López Maya in ihren ethnografischen Untersuchungen zur Arbeit der partizipatorisch-demokratischen Institutionen in Caracas (2008, 2010) darauf hin, dass sich die Beteiligung auf eine Gruppe bereits vorher politisierter Personen mit Erfahrungen auf dem Gebiet der Partizipation beschränkt, denen es schwerfällt, andere Mitglieder der Gemeinschaft miteinzubeziehen.

Sowohl Kritiker_innen als auch Verfechter_innen der kommunalen Räte sind der Ansicht, dass sie mit denselben Problemen wie die boliviarischen Zirkel konfrontiert werden. Sie konnten zwar den Partizipationsgrad und

den Einfluss vorher ausgeschlossener gesellschaftlicher Gruppen erhöhen (Ellner 2010: 83), doch die Autonomie der von der Basis vorgelegten Vorschläge und Initiativen wurde durch die personalistische und charismatische Führung von Chávez reduziert (Ellner 2010; Sosa 2007; Wilpert 2007:195-407). Der Journalist Ian Bruce weist außerdem zu Recht darauf hin, dass die kommunalen Räte von den einseitigen und zentralistisch getroffenen Entscheidungen des Präsidenten über den Umfang, den Zweck sowie die Art und Weise der Mittelzuweisung abhängig sind. Damit werden die Mitglieder der Räte zu »ausführenden Organen eng begrenzter öffentlicher Projekte, wodurch sich ihr politisches Potenzial als Architekten einer neuen Gesellschaft und eines neuen kommunalen Staates neutralisiert« (Wilpert 2007: 163).

4.2 Correa: Expertenelite statt Partizipation

Die Regierung Correa ist insofern anders, als sie weder die Partizipation auf lokaler Ebene unterstützt noch partizipatorisch-demokratische Institutionen geschaffen hat. Correas Regierungssystem ist durch ein Miteinander von populistischem Diskurs und der Vorherrschaft von Technokrat_innen gekennzeichnet (de la Torre 2013). Für die Ausarbeitung der öffentlichen Politik, vom nationalen Entwicklungsplan bis zur Bildungs- und Kommunikationspolitik der Regierung, ist eine Expertenelite zuständig. Diese Experten_innen behaupten, im Namen der gesamten Nation zu sprechen und keine Partikular- oder korporativistischen Interessen, etwa von Lehrer_innen, indigener Bevölkerung oder öffentlichen Bediensteten, zu vertreten. Während die Führerfigur handelt, als ob sie den Willen des Volkes verkörperte, stehen die Technokrat_innen vermeintlich über den Partikularinteressen und sehen sich daher in der Lage, Politikansätze zu entwickeln, die der Nation insgesamt zugutekommen. Führerfigur und Fachleute betrachten die Gesellschaft als einen leeren Raum, in dem sie neue Institutionen und Praktiken entwerfen können. Alle bestehenden Strukturen gelten als korrupt und müssen erneuert werden. Die Abwehrreaktionen der sozialen Bewegungen gegen die Durchdringung des Staates werden als Bestätigung ihrer Ansicht verstanden, dass eine Reihe egoistisch, partikularistisch und korporativistisch handelnder Feinde gegen das Projekt einer universellen Erlösung der Nation Widerstand leistet (Correa 2012; Quintero/Silva 2010). Ausgehend von der Annahme, dass sie dank des Wis-

sens von Experten_innen und der vereinten Stimme des Volkes, die in der Führerfigur verkörpert wird, im Besitz der Wahrheit sind, halten sie den Dialog für überflüssig. Abweichende Meinungen gelten demnach als Verrat an ihrer Mission, Staat, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft eine neue Struktur zu geben. Als Folge davon untergräbt die Regierung Correa, die mit dem Versprechen einer Bürgerrevolution angetreten war, die Fundamente einer autonomen Bürgerschaft und fördert stattdessen die Herausbildung einer dankbaren gesellschaftlichen Masse.

Correas Konflikte mit der Indígena-Bewegung gehen beispielsweise auf unterschiedliche Sichtweisen hinsichtlich der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen zurück. Nach Ansicht Correas steht der Bergbau für die Zukunft des Landes, weil er die Mittel zur Armutsbekämpfung erwirtschaftet, wohingegen Indigene und Umweltschützer_innen alternative Entwicklungssysteme anstreben, die nicht von der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen abhängig sind. Correas Auseinandersetzungen mit der Indígena-Bewegung hängen aber auch damit zusammen, dass die Regierung die Steuerung des Projekts der interkulturellen Erziehung an Landschulen von den Indígena-Organisationen auf den Staat übertragen hat. Die Regierung verfolgt daher die Strategie, direkte Verbindungen mit der indigenen Basis aufzubauen, um die einflussreichste (indigene) Organisation, den Dachverband der indigenen Nationalitäten Ecuadors (CONAIE), zu umgehen. Correa sieht die Indígenas und die arme Bevölkerung Ecuadors als Begünstigte der Umverteilungspolitik seiner Regierung. Artikulieren diese jedoch eigene Vorstellungen zu alternativen Entwicklungsmodellen und demokratischen Strukturen, werden sie als »linke Kindsköpfe« stigmatisiert, oder es wird ihnen unterstellt, sie würden von ausländischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) manipuliert (de la Torre 2013).

4.3 Morales: Das Prinzip der kommunalen Demokratie

Evo Morales kam an die Macht, als die Proteste der sozialen Bewegungen gegen den Neoliberalismus und die Parteienherrschaft in der Hochphase waren. Seine Partei, die Movimiento al Socialismo (MAS), hat ihren Ursprung in sozialen Bewegungen sowie in Netzwerken, zu denen Gewerkschaften der Landarbeiter_innen und

Indígena-Organisationen gehören. Nach John Crabtree (2013: 284) teilen diese Organisationen die Tradition der Problemdiskussion in der Gemeinschaft und der kollektiven Entscheidungsfindung. Die Bewegungen besitzen eine politische Kultur aktiver Partizipation und drängen darauf, dass ihre Anführer_innen denen gegenüber Rechenschaft ablegen müssen, von denen ihnen die Entscheidungsbefugnis übertragen wurde.

Wenn Präsident Morales seine Politik mit den sozialen Bewegungen diskutiert, folgt er der Praxis der kommunalen Demokratie. So legte er zum Beispiel Gewerkschaften und Indígena-Organisationen einen Tätigkeitsbericht für sein erstes Regierungsjahr vor und bespricht mit ihnen seine öffentliche Politik, wie etwa das Erziehungsgesetz, seine Politik hinsichtlich des Coca-Anbaus oder zur sozialen Sicherung (García Linares 2009: 90). Auch wenn nach Ansicht einiger Wissenschaftler_innen für diese Treffen, die bis zu 20 Stunden dauern können, das Prinzip der Partizipation aller Beteiligten gilt, vertreten andere die Auffassung, dass sie vorrangig auf der Durchsetzung der Kriterien von Morales beruhen.

Das Verhältnis von Morales zu den sozialen Bewegungen wird von Fernando Mayorga (2012) als »flexibel und instabil« bezeichnet, da es von der Kooptierung bis zur Unabhängigkeit reicht. So spielten zum Beispiel die im »Pacto de Unidad« (Einheitspakt) organisierten sozialen Bewegungen eine unabhängige und aktive Rolle in der verfassungsgebenden Versammlung Boliviens. Im Jahr 2007 schlossen sie sich schließlich in der Nationalen Koordinierungsstelle für den Wandel (Conalcam) unter dem Vorsitz von Morales zusammen, um ihre Anhänger_innen in einer Phase intensiver Auseinandersetzungen mit der Opposition zu mobilisieren. Die sozialen Bewegungen gingen zur Unterstützung der Regierung auf die Straße und standen 2008, anlässlich des Amtsenthebungsverfahrens gegen Morales, an der Spitze der Kampagne für den Präsidenten. Doch die sozialen Bewegungen ordnen sich Morales keineswegs unter. Im Jahr 2011 organisierten sie landesweite Proteste gegen eine Erhöhung der Benzinpreise und gegen den von der Regierung geplanten Bau einer Autobahn durch den TIPNIS-Nationalpark.

Die Regierungen Chávez, Morales und Correa waren angetreten, die Ausgrenzung durch den Neoliberalismus zu beenden, die Qualität der Demokratie zu verbessern

und die Partizipations- und Repräsentationsdefizite der liberalen Demokratien zu beheben. Ihre Vorschläge zur Demokratisierung ließen jedoch die Verfahren der liberalen Demokratie außer Acht, da sie diese als hinderlich für den Ausdruck des in der Führerfigur verkörperten Volkswillens erachteten. Stattdessen haben die genannten Regierungen die Macht in der Hand der Exekutive konzentriert, ohne die Unabhängigkeit der anderen Staatsgewalten zu wahren; sie haben die Freiheit der privaten Medien eingeschränkt und letztlich die Spielräume der Opposition, sich unter gleichen Bedingungen an den Wahlen zu beteiligen, eingeengt (Corrales/Penfold 2011; López Maya/Panzarelli 2012; Conaghan 2011; Montúfar 2013; Barrios 2008; Mayorga 2009). In Venezuela wurden Parallelgewerkschaften und von der Exekutive abhängige Basisorganisationen gegründet, während wie in Ecuador die autonomen zivilgesellschaftlichen Organisationen zersplittert, geschwächt oder kooptiert werden. Im Unterschied zu Venezuela und Ecuador stützt sich die Führung von Morales in Bolivien jedoch auf soziale Bewegungen, die es nicht zulassen, dass er sich des Willens der Bevölkerung bemächtigt.

5. Zum Verhältnis von Populismus und Volk

Für das Demokratieverständnis des Populismus nimmt der Begriff des Volkes eine zentrale Stellung ein. Der Populismus konstruiert Volk und Eliten als gegensätzliche Pole. Die populistischen Führerfiguren geben vor, die Wünsche und Tugenden des Volkes zu verkörpern; sie versprechen, dem Volk, die Macht zurückzugeben und es von der Herrschaft der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten zu erlösen. Dazu stellt die politische Philosophin Sofia Näström allerdings fest, dass »das Volk einer der meistgebrauchten und [gleichzeitig] missbrauchten Begriffe der politischen Geschichte ist« (2007: 324). Das Volk ist eine diskursabhängige Konstruktion, die zur gleichen Zeit die gesamte Gesellschaft wie auch einen Teil dieser Gesellschaft, nämlich die Ausgeschlossenen, abbildet (Laclau 2005). Die Eliten verwenden den Volksbegriff nach wie vor, um die Massen als gefährlich zu diskreditieren und zu stigmatisieren. Demnach behaupten sie, »das Gesindel« und »der Pöbel« stellten einen Angriff auf die Demokratie und die zivilisierte Gesellschaft dar. Auf der anderen Seite wird das Volk als »mythisches Wesen« verstanden. Das Volk »ist nicht nur die Quelle politischer Legitimität,

sondern zugleich auch das Versprechen der Erlösung von Unterdrückung, Korruption und Banalität« (Canovan 2005: 123).

Die auf die Visionen der Massenpsychologie des 19. Jahrhunderts sowie auf die Theorien der Massengesellschaft zurückgehenden Vorstellungen von der Gefährlichkeit der Massen sagen auch heute noch einiges darüber aus, wie Eliten und Medien in Lateinamerika das Volk darstellen: Massen sind demzufolge angsterregend, weil sie irrational sind und gegen die Prinzipien der Demokratie verstoßen. Die Eliten konstruieren von den Ausgeschlossenen ein Bild, als seien sie für einen rationalen Diskurs unzugänglich. Dazu stellt Jaques Rancière (2010: 38) fest, dass die Worte einer Gruppe, wenn diese nicht als politisches Wesen anerkannt wird, letztlich auch nicht verstanden bzw. deren Äußerungen nicht als Diskurs wahrgenommen werden: Die römischen Patrizier weigerten sich etwa, die von den Mündern der Plebejer gebildeten Laute als solche überhaupt zur Kenntnis zu nehmen (Rancière 2010: 37).

Daneben erfolgt auch eine Abgrenzung der rationalen Bürger_innen, die an Debatten im öffentlichen Raum teilnehmen, von den Massen, die sich alleine von ihren Emotionen leiten lassen. Seit Germani wurden irrationale Darstellungen der Massen genutzt, um Anhänger_innen des Populismus in die Nähe der Barbarei zu rücken.

Als Gegengewicht zur Darstellung der Massenirrationalität erfolgte eine Konstruktion des Volkes als Träger mythischer Tugenden. Jules Michelet, ein Historiker der Französischen Revolution, verstand das Volk als »den neuen Christus, der zwei Schätze in sich trägt: zum einen die Tugend der Opferbereitschaft und zum anderen instinktive Lebensformen, die weitaus wertvoller sind als alles sophistische Wissen der sogenannten gebildeten Menschen« (zitiert nach Álvarez Junco 1987: 251). Der Populismus ist eine Politik der symbolischen und kulturellen Anerkennung der verachteten Unterschicht (Panizza 2013). Durch ihn werden die Erniedrigungen des Pöbels zu einer Quelle menschlicher Würde. Die Ausgeschlossenen sind der Ursprung aller Tugend, und wer sie erniedrigt und marginalisiert, wird Teil der verachteten Oligarchie der »Vaterlandsverräter«. Populisten sind dafür bekannt, dass sie die Stigmata des Volkes in Tugenden verkehren. Perón erklärte die »Descamisados« (Hemdlosen) und die »Cabecitas negras« (Schwarzköpfchen) zu Träger_innen der wahren argentinischen

Nationalidentität. Ähnlich wurde das verschmähte und gefürchtete »Gesindel« Kolumbiens und Ecuadors zum geliebten und gesegneten Volk von Jorge Eliécer Gaitán und José María Velasco Ibarra³.

Der populistische Diskurs unterscheidet bei der Unterdrückung aus schichtenspezifischen, ethnischen und kulturellen Gründen zwei unversöhnliche Lager: auf der einen Seite das Volk, das die Nation und alle mit der breiten Mehrheit der Bevölkerung in Zusammenhang gebrachten kulturellen, sozialen und politischen Äußerungen umfasst, und auf der anderen Seite die böartige und korrupte Oligarchie. Der Begriff »lo popular«⁴ verknüpft die Vorstellung eines antagonistischen Konflikts zwischen zwei Gruppen mit der romantischen Idee von der natürlichen Reinheit und Güte des Volkes. Als Folge davon erscheinen alle diesem Begriff zugeordneten Äußerungen als eine homogene, feststehende und nicht ausdifferenzierte Einheit (Avritzer 2002: 72). Die populistischen Führerfiguren handeln, als ob sie wüssten, wer das Volk ist und woraus sein Wille besteht. Dabei konstruieren sie ein Feindbild von denjenigen, die mit ihrer Vorstellung vom tugendhaften Volk nicht einverstanden sind. Diese Feind_innen stellen schließlich eine moralische Bedrohung dar, die ausgelöscht werden muss. Das Volk steht also keinen Gegner_innen gegenüber, sondern moralischen Feind_innen. Vor diesem Hintergrund erklärte Chávez während eines Generalstreiks der Opposition: »Das hier ereignet sich nicht zwischen Chávez und denen, die gegen Chávez sind, sondern zwischen Patrioten und Vaterlandsfeinden.« (Zúquete 2008: 105)

Populisten akzeptieren die demokratischen Spielregeln nicht. Sie streben eine Zerstörung der bestehenden institutionellen Ordnung an, um sie durch ein Regierungssystem zu ersetzen, in dem das Volk nicht ausgeschlossen wird. Im Unterschied zu den Politiker_innen, die unter der Voraussetzung handeln, dass sie nicht auf Dauer an der Macht sein werden, eröffnet die Fantasie von der Einheit des Volkes »das Tor zu einer Wahrnehmung der Ausübung von Macht als Besitz und nicht als

zeitlich befristete Tätigkeit« (Arditi 2007: 83). Populisten konzentrieren die Macht in den Händen der Exekutive und beschränken den Handlungsspielraum der Opposition, so dass sie von der permanenten konspirativen Tätigkeit ihrer Feinde überzeugt sind. Ihr Ziel ist es, so lange an der Macht zu bleiben, bis sie Staat und Gesellschaft in ihrem Sinne verändert haben. Da das Volk als Plebs aufgefasst wird – als die Ärmsten der Armen und Ausgeschlossenen –, dient ihre Politik vor allem diesen gesellschaftlichen Schichten. Die Populisten wollen demnach die Marginalisierten eingliedern, indem sie die materiellen Ressourcen umverteilen; dabei konfrontieren sie die Werte der Volkskultur mit der Beherrschung durch die Eliten und verleihen denen eine Stimme, die sich von der Politik entfernt haben oder von ihr ausgeschlossen werden.

Dagegen setzen die im Namen des Volkes auftretenden sozialen Bewegungen der populistischen Neigung, das Volk als eine homogene Einheit zu konstruieren, und dem Streben der Führerfigur, sich als die Verkörperung des Volkswillens auszugeben, Schranken. So sah sich etwa die Regierung Morales in Bolivien zu Verhandlungen mit sozialen Bewegungen gezwungen, denen es gelungen war, staatliche Initiativen zu bremsen. Correa und Chávez handelten hingegen, als seien sie die »vox populi« (Stimme des Volkes). Wahlsiege und hohe Popularitätswerte wiesen sie daher nicht nur als die einzig legitimen Vertreter, sondern auch als die Stimme und »die Verkörperung des Volkes« aus (Peruzzotti 2008: 110).

Die mythischen Verklärungen des Volkes als Antwort auf die von den Eliten verwendeten Stigmata können autoritäre Fantasien wecken. Wenn das Volk als homogen angesehen wird, wenn es in der Vorstellung als transparent erscheint, wenn seine inneren Spaltungen nicht anerkannt werden und wenn behauptet wird, das einige Volk kämpfe gegen seine Feinde von außen, dann besteht die Gefahr, dass das autoritäre Bild vom »Volk als Einheit« entsteht (Lefort 1986).

Nach Lefort bewegt sich die Moderne zwischen einem offenen Raum der Demokratie und einem Totalitarismus, der auf der Macht selbstherrlicher Führerfiguren beruht, die den offenen demokratischen Raum versperren. Lefort untersucht jedoch nicht, wann und unter welchen Bedingungen totalitäre Projekte aufgrund des von den Institutionen oder der Zivilgesellschaft geleisteten Widerstands nicht zu autoritären Regimen werden (Ara-

3. Der fünfmalige Staatspräsident Ecuadors, José María Velasco Ibarra, gilt als einer der zentralen Politiker_innen des Landes im 20. Jahrhundert.

4. Die Vielschichtigkeit des Ausdrucks »lo popular« lässt sich im Deutschen nicht unter einen Begriff fassen. Für eine Diskussion siehe Canclini, Néstor García (1983): »¿De qué estamos hablando cuando hablamos de lo popular?«, in: Diálogos en la acción, primera etapa, 2004, 153-165, unter http://www.perio.unlp.edu.ar/catedras/system/files/garcia_canclini_-_de_que_estamos_hablando_cuando_hablamos_de_lo_popular.pdf.

to 2012: 28). Ebenso wenig zieht er die Möglichkeit in Betracht, dass manche Regierungssysteme weder ganz und gar totalitär noch vollständig demokratisch sein können (Laclau 2005: 166).

Der politische Philosoph Isidoro Cheresky arbeitet zur Analyse der Regierungen Chávez, Correa und Morales mit dem Ansatz der »teilweise verkörperten Macht«. Die Macht wird mit einem Projekt oder Prinzip identifiziert, das in einer fast, aber nicht vollständig unersätzlichen Person verkörpert ist; daher kann die Verkörperung des Projekts auch auf eine andere Führerfigur übertragen werden. Dieser Ansatz dient auch der konzeptionellen Erfassung der institutionellen Bedingungen und Prozesse, die der Versuchung der Anführer_innen, sich zur einzigen und wahren Stimme des gesamten Volkes aufzuschwingen, Grenzen setzen. Die demokratischen Institutionen dämpfen die Versuchung einer solchen Führerfigur, sich als Verkörperung des Volkes darzustellen. Am Beispiel einer Analyse der Traumata der Diktatur der 1970er Jahre sowie der mit populistischen Politikkonzeptionen verbundenen Risiken (Auseinandersetzung zwischen Freunden und Feinden) erklärt Osvaldo lazzetta, wie die argentinische Demokratie ausgehend von der Vorstellung der politischen Gegnerschaft und nicht der Feindschaft aufgebaut wurde. Damit konnten Institutionen und eine Zivilgesellschaft entstehen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen. In Argentinien gelang es so einer pluralistischen und vielschichtigen Gesellschaft, sich gegen die Versuche der Präsident_innen Néstor und Cristina Fernández de Kirchner⁵, die Politik zu einer manichäischen Auseinandersetzung zwischen Guten und Bösen zu machen und den Konflikt zur Polarisierung der politischen Landschaft zuzuspitzen, erfolgreich zur Wehr zu setzen. In Venezuela, Ecuador und Bolivien brachen dagegen die politischen Parteien sowie die demokratischen Institutionen zusammen. Die Sozialisierung von Chávez und Correa, und in geringerem Umfang auch von Morales, erfolgte nicht nach verfassungsrechtlichen Spielregeln oder im Sinne einer kompromissorientierten Politik. Ebenso wenig gehörten sie politischen Parteien an, die nach traumatischen Erfahrungen mit autoritären Regimen die Errungenschaften der Demokratie neu schätzen lernten. Im Gegenteil, sie verknüpften den Neoliberalismus mit der liberalen Demokratie und versprachen, sämtliche

Institutionen der von ihnen so genannten bürgerlichen Demokratie in ihrem Sinne umzugestalten und neu zu gründen. Da ihr Ziel die Erlösung des Volkes von den durch den Neoliberalismus, die Globalisierung und die Parteienherrschaft verursachten Leiden ist, betrachten diese Präsidenten ihr politisches Mandat keineswegs als eines unter vielen. Sie stellen es vielmehr als historisches Moment zur Neugründung ihrer Republiken dar, als die Geburtsstunde einer zweiten Unabhängigkeit oder das Ende des Kolonialismus. Ihre Amtszeiten markieren den Bruch mit der von Unterdrückung und Leiden geprägten Vergangenheit und einen Neubeginn in Anlehnung an die Befreiungskämpfe ihrer Nationalhelden.

Chávez, Correa und Morales geben vor, an der Spitze revolutionärer Prozesse zu stehen. Revolutionen beschleunigen die historische Zeit und verpflichten dazu, Stellung zu beziehen. In Momenten des Umbruchs reduziert sich die gesellschaftliche Vielschichtigkeit auf zwei klar voneinander getrennte Lager: das der Führerfigur, die das Volk und das Versprechen auf Erlösung verkörpert, und das der Feinde der Führerfigur, des Volkes und der Geschichte. Der Revolutionsmythos schafft die Hoffnung, das Paradies auf Erden aufzubauen sowie die Unterdrückung und das Leiden des Volkes zu beenden. Das Volk wird im Befreiungsprozess als tragendes Subjekt verstanden: Es hat gelitten, es ist rein und unverdorben von den mit der Globalisierung, dem Individualismus und dem Markt einhergehenden Lastern. Die Geschichte geht keineswegs zu Ende; vielmehr steht sie gerade erst am Anfang, denn die genannten Führerfiguren nehmen die Kämpfe des Volkes und der Nationalhelden wieder auf und führen das Volk letztendlich zu seiner Erlösung und der Herrschaft Gottes auf Erden.

6. Schlussfolgerungen

Dieser Beitrag ist nicht der Auffassung, dass der Populismus eine inhärente Bedrohung für die Demokratie darstellt, er versteht ihn aber auch nicht als ihren alleinigen Retter. In Anlehnung an Mudde und Rovira wurde die Mehrdeutigkeit des Populismus hinsichtlich der Demokratisierung untersucht. Die genannten Autoren gehen von Dahls Ansatz aus, wonach die Demokratisierung die Rechte der Opposition sicherstellt, damit diese sich unter gleichen Bedingungen am politischen Wettbewerb beteiligen kann und gleichzeitig die Partizipation und Inklusion fördert. Muddes und Roviras vergleichende

5. Néstor Kirchner († 2010) war von 2003 bis 2007 Präsident Argentiniens und wurde anschließend von seiner Frau Cristina Fernández de Kirchner in diesem Amt abgelöst.

Untersuchung des europäischen und lateinamerikanischen Populismus belegt, dass der Populismus antiliberal, aber nicht notwendigerweise antidemokratisch ist. Der lateinamerikanische Populismus bezieht die marginalisierten Bevölkerungsgruppen mit ein und fördert gleichermaßen deren materielle und symbolische Inklusion, garantiert jedoch nicht zwangsläufig die Rechte der Opposition.

Im Unterschied zu eindeutig normativen Positionen zugunsten dieser Regierungssysteme sowie Kritiken, die sie als kompetitiv-autoritäre Regime charakterisieren, ermöglicht der von Lefort formulierte Ansatz der »teilweisen Verkörperung« die Analyse einiger Ambivalenzen des Populismus für die Demokratisierung. Das Risiko, dass populistische Regierungssysteme den demokratischen Raum eingrenzen, ist real; gleichzeitig widersetzen sich aber die Zivilgesellschaft und die liberalen demokratischen Institutionen solchen Versuchen. Populistische Regierungssysteme treten nicht nur in Hybrid-Form auf; viele verfolgen eine Stärkung der Partizipation und Inklusion der Unterschichten. Das Spannungsverhältnis zwischen verstärkter Inklusion und der Gefahr, dass sich die Führerfigur des Volkswillens bemächtigt, nimmt im Populismus von Fall zu Fall unterschiedliche Formen an. Insofern bestehen trotz gegensätzlicher Wirtschaftspolitik Gemeinsamkeiten zwischen dem Populismus Correas in Ecuador und Fujimoris in Peru, da sich beide nicht für eine Vertiefung der politischen Partizipation der Bevölkerung über die Wahlen hinaus eingesetzt haben; darüber hinaus ähnelt sich ihre Konzeption einer technokratischen Politik. In beiden Fällen verknüpften die Führerfiguren die populistische Aneignung des Volkswillens mit der technokratischen Wissensaneignung zur gesellschaftlichen Umgestaltung, ohne dabei die Meinung der Bürger_innen zu berücksichtigen. Dagegen bewegte sich Chávez' Populismus in Venezuela einerseits zwischen der Förderung der Partizipation der Bevölkerung und andererseits der Bemächtigung des Volkswillens durch die Führerfigur. Indem sie neue Partizipationsmechanismen einführten und die Unterschichten gegen die Opposition mobilisierten, versuchten Correa und Fujimori, sich die staatlichen Initiativen zur Vertretung ihrer Interessen zu eigen zu machen. Morales ist schließlich nicht dazu in der Lage, sich des Willens der Bevölkerung zu bemächtigen, da sich seine Führung auf autonome soziale Bewegungen stützt, die er benötigt, um mit der Opposition zu verhandeln.

Der Populismus steht sowohl für die Erneuerung der partizipatorischen und egalitären Ideale der Demokratie als auch für die Möglichkeit, die gesellschaftliche Vielfalt zu leugnen. Ohne diese Vielfalt droht das demokratische Ideal aber zum autokratischen und plebiszitären Beifall für die Führerfigur als Verkörperung des Einheitswillens des Volkes zu verkommen. Wenn auch der Populismus die Partizipation der Ausgeschlossenen und Desinteressierten fördert, so erkennt sein Verständnis von Demokratie als homogener Volkswille oder als Identifikation von Führerfigur und Nation im Kern weder den Pluralismus noch die rechtsstaatlichen Verfahren an.

Der Populismus stellt eine Form politischer Einbeziehung dar, der sowohl demokratisierende als auch autoritäre Züge anhaften. Während er einerseits die Demokratie erneuert sowie die sozialen Ungleichheiten und alltäglichen Erniedrigungen von Armen und Nichtweißen politisiert, kann er andererseits Repräsentationsformen hervorbringen, die in der Anti-Utopie der Einheit zwischen dem Volk und dem Willen der Führerfigur die gesellschaftliche Vielfalt leugnen. Der Populismus schwankt letztlich zwischen einem Verständnis der Gesellschaft als homogener Interessengemeinschaft und der Politisierung der Marginalisierten mit dem Ziel, benachteiligte Bevölkerungsgruppen einzubeziehen.



- Acosta, Vladimir** (2007): »El socialismo del siglo XXI y la revolución bolivariana. Una reflexión inicial« [»Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts und die boliviarische Revolution. Einleitende Überlegungen«], in: Margarita López Maya (Hrsg.): *Ideas para debatir el socialismo del siglo XXI [Beiträge zur Debatte über den Sozialismus des 21. Jahrhunderts]*. Caracas, Alfa: 21–31.
- Ali, Tariq** (2008): *Pirates of the Caribbean. Axis of Hope*. London: Verso.
- Álvarez Junco, José** (1987): »Magia y ética en la retórica política« [»Politische Rhetorik zwischen Magie und Ethik«], in: José Álvarez Junco (Hrsg.): *Populismo, caudillaje y discurso demagógico [Populismus, Führerkultur und demagogischer Diskurs]*. Madrid, Centro de Investigaciones Sociológicas: 219–271.
- (1994): »El populismo como problema« [»Der Populismus als Problem«], in: José Álvarez Junco und Ricardo González Leandri (Hrsg.): *El populismo en España y América [Der Populismus in Spanien und Amerika]*. Madrid, Catriel: 11–39.
- Arato, Andrew** (2012): »Lefort, the Philosopher of 1989«, in: *Constellations*, Bd. 19 (1): 23–29.
- Arditi, Benjamín** (2007): *Politics at the Edge of Liberalism*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Arenas, Nelly und Luis Gómez Calcaño** (2006): *Populismo autoritario: Venezuela 1999-2005* [Autoritärer Populismus: Venezuela 1999-2005]. Caracas: Cendes.
- Auyero, Javier** (1998): »Todo por amor, o lo que quedó de la herejía. ‚Clientelismo populista‘ en la Argentina de los noventa« [»Alles aus Liebe oder was von der Häresie übrig ist. ‚Populistischer Klientelismus‘ in den Neunzigerjahren in Argentinien“], in: Felipe Burbano de Lara (Hrsg.): *El fantasma del populismo. Aproximación a un tema [siempre] actual [Das Gespenst des Populismus. Annäherung an ein (immer) aktuelles Thema]*. Caracas, Nueva Sociedad: 81–119.
- Avritzer, Leonardo** (2002): *Democracy and the Public Sphere in Latin America*. Princeton: Princeton University Press.
- Barrios, Franz Xavier** (2008): »The Weakness of Excess. The Bolivian State in an Unbounded Democracy«, in: John Crabtree und Laurence Whitehead (Hrsg.): *Unresolved Tensions. Bolivia Past and Present*, Pittsburgh, University of Pittsburgh Press: 125–41.
- Braun, Herbert** (1985): *The Assassination of Gaitán*. Madison: The University of Wisconsin Press.
- Bruce, Ian** (2008): *The Real Venezuela. Making Socialism in the Twenty-First Century*. London, Pluto Press.
- Canovan, Margaret** (2005): *The People*, Cambridge: Polity Press.
- CEPAL** (2012): *Panorama social de América Latina [Sozialpanorama Lateinamerikas]*.
- Cheresky, Isidoro** (2012): »Mutación democrática, otra ciudadanía, otras representaciones« [»Demokratische Mutation, neue Bürgerschaft, andere Repräsentationen«], in: Isidoro Cheresky (Hrsg.): *¿Qué democracia en América Latina? [Welche Demokratie für Lateinamerika?]*. Buenos Aires, Clacso/Prometeo: 23–55.
- Conaghan, Catherine** (2011): »Ecuador: Rafael Correa and the Citizen’s Revolution«, in: Steven Levitsky und Kenneth Roberts (Hrsg.): *The Resurgence of the Latin American Left*. Baltimore, The Johns Hopkins University Press: 260–283.
- Corrales, Javier** (Oktober 2005): »In Search of a Theory of Polarization: Lessons from Venezuela, 1999–2005«, in: *Revista Europea de Estudios Latinoamericanos y del Caribe* 79: 105–118.
- Corrales, Javier und Michael Penfold** (2011): *Dragon in the Tropics. Hugo Chávez and the Political Economy of Revolution in Venezuela*. Washington, DC: Brookings Institution Press.
- Correa, Rafael** (September/Oktober 2012): »Interview Ecuador’s Path«, in: *New Left Review* 77: 89–104.
- Crabtree, John** (2013): »From the MNR to the MAS: Populism, Parties, the State, and Social Movements in Bolivia Since 1952«, in: Carlos de la Torre und Cynthia Arnon (Hrsg.): *Populism of the Twenty First Century*. Baltimore-Washington, DC, The Johns Hopkins University Press and The Woodrow Wilson Center Press: 269–295.
- de la Torre, Carlos** (1992): »The Ambiguous Meanings of Latin American Populisms«, in: *Social Research*, Bd. 59 (2): 385–414.
- (2007): »¿Es el populismo la forma constitutiva de la democracia Latinoamericana?« [»Ist der Populismus das bestimmende Merkmal der lateinamerikanischen Demokratie?“], in: Julio Aibar (Hrsg.): *Vox Populi. Populismo y democracia en Latinoamérica [Vox Populi. Populismus und Demokratie in Lateinamerika]*. México, DF, Flasco: 55–83.
- (2013): »El tecnopopulismo de Rafael Correa. ¿Es compatible el carisma con la tecnocracia?“ [»Der Technopopulismus Rafael Correas. Lassen sich Charisma und Technokratie miteinander vereinbaren?“] in: *Latin American Research Review*, Bd. 48 (1): 24–43.
- Ellner, Steve** (2010): »Hugo Chávez’s First Decade in Office: Breakthroughs and Shortcomings«, in: *Latin American Perspectives*, Bd. 37 (1): 77–97.
- Gallegos Ramírez, Franklin** (2010): »Postneoliberalismo indócil. Agenda pública y relaciones socio-estatales en el Ecuador de la Revolución Ciudadana« [»Der aufsässige Postneoliberalismus. Öffentliche Agenda und Beziehungen zwischen Gesellschaft und Staat im Ecuador der Bürgerrevolution“], in: *Temas y Debates* Nr. 20: 175–194.
- García Linera, Álvaro** (2009): *Biografía política e intelectual. Conversaciones con Pablo Stefanoni, Franklin Ramírez y Maristella Svampa* [Gespräche mit Pablo Stefanoni, Franklin Ramírez und Maristella Svampa. Eine politisch-intellektuelle Biografie]. La Paz: Le Monde diplomatique.
- Germani, Gino** (1971): *Política y sociedad en una época de transición [Politik und Gesellschaft im Übergang]*, [1956]. Buenos Aires: Paidós.
- (1978): *Authoritarianism, Fascism, and National Populism*, New Brunswick: Transaction Books.
- (2010): »El surgimiento del peronismo. El rol de los obreros y de los migrantes internos« [»Die Entstehung des Peronismus. Zur Rolle von Arbeitern und Binnenmigranten«], [1973], in: Carolina Mera y Julián Rebón (Hrsg.): *Gino Germani: La sociedad en cuestión [Gino Germani: Gesellschaft als Problem]*, Buenos Aires, Clacso: 576–640.

- Hawkins, Kirk und David Hansen** (2006): »Dependent Civil Society: The Círculos Bolivarianos in Venezuela«, in: *Latin American Research Review*, Bd. 41 (1): 102–32.
- Ianni, Octavio** (1973): »Populismo y contradicciones de clase« [»Populismus und Klassegegensätze in Lateinamerika«], in: Octavio Ianni (Hrsg.): *Populismo y contradicciones de clase en Latinoamérica [Populismus und Klassegegensätze in Lateinamerika]*. México, DF, Era: 83–150.
- Iazzetta, Osvaldo** (2012): »Democracia y dramatización del conflicto en la Argentina kirchnerista (2003-2011)« [»Demokratie und Konfliktdramatisierung im kirchneristischen Argentinien (2003-2011)«], in: Isidoro Cheresky (Hrsg.): *¿Qué democracia en América Latina? [Welche Demokratie für Lateinamerika?]*. Buenos Aires, Clacso/Prometeo: 281–303.
- Laclau, Ernesto** (2005): *On Populist Reason*. London: Verso.
- Lefort, Claude** (1986): *The Political Forms of Modern Society*. Cambridge: MIT Press.
- Livistky, Steven und James Loxton** (2012): »Populism and Competitive Authoritarianism: the case of Fujimori's Peru«, in: Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.): *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy*. Cambridge, Cambridge University Press: 160–182.
- López Maya, Margarita** (2008): »Examining Participatory Innovations in Bolivarian Caracas: The Cases of the TWRs and SMCOs«, unveröffentlicht.
- (2010): »Los consejos comunales en Caracas vistos por sus participantes: una exploración« [»Die Kommunalräte von Caracas aus der Teilnehmerperspektive: eine Annäherung“], unveröffentlicht.
- López Maya Margarita und Alexandra Panzarelli** (2012): »Populismo, rentismo y socialismo del siglo XXI: el caso venezolano« [»Populismus, Rentier-Mentalität und Sozialismus des 21. Jahrhunderts: der Fall Venezuela«], in: Isidoro Cheresky (Hrsg.): *¿Qué democracia en América Latina? [Welche Demokratie für Lateinamerika?]*. Buenos Aires, Clacso/Prometeo: 205–235.
- Lynch, Nicolás** (Dezember 1999): »Neopopulismo, un concepto vacío« [»Neopopulismus, ein leerer Begriff«], in: *Socialismo y Participación* Nr. 86: 63–81.
- Machado, Jesús** (2008): *Estudio de los Consejos Comunales en Venezuela [Untersuchung der venezolanischen Kommunalräte]*. Caracas: Fundación Centro Guayana.
- Maingón, Thais** (2007): »Consejos comunales, ciudadanía, estado y poder popular« [»Kommunalräte, Bürgerschaft, Staat und Volksmacht«], in: Gregorio Castro (Hrsg.): *Debate por Venezuela [Debatte um Venezuela]*. Caracas, Alfa: 125–147.
- Mayorga, René Antonio** (2009): »Sociedad civil y Estado bajo un populismo plebiscitario y autoritario« [»Zivilgesellschaft und Staat unter dem plebiszitären, autoritären Populismus«], in: Cynthia Arnson (Hrsg.): *La nueva izquierda en América Latina: Derechos humanos, participación política y sociedad civil [Die neue Linke in Lateinamerika: Menschenrechte, politische Partizipation und Zivilgesellschaft]*. Washington, DC, Woodrow Wilson International Center for Scholars: 109–119.
- Mayorga, Fernando** (2012): »Bolivia: populismo, nacionalismo e indigenismo« [»Bolivien: Populismus, Nationalismus und Indigenismus«], in: Isidoro Cheresky (Hrsg.): *¿Qué democracia en América Latina? [Welche Demokratie für Lateinamerika?]*. Buenos Aires, Clacso/Prometeo: 235–251.
- Montúfar, César** (2013): »Rafael Correa and His Plebiscitary Citizen's Revolution«, in: Carlos de la Torre und Cynthia Arnson (Hrsg.): *Latin American Populism in the Twenty First Century*. Baltimore-Washington, DC, The Johns Hopkins University/Woodrow Wilson Center Press: 295–323.
- Morgan, Edmund** (1988): *Inventing the People. The Rise of Popular Sovereignty in England and America*. New York: W.W. Norton & Company.
- Mudde, Cas und Rovira Kaltwasser, Cristóbal** (2012): »Populism and (Liberal) Democracy: A Framework for Analysis«, in: Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.): *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy*. Cambridge, Cambridge University Press: 1–27.
- Näström, Sofia** (2007): »The Legitimacy of the People«, in: *Political Theory*, Bd. 35 (5): 624–658.
- Novaro, Marcos** (Juli/August 1996): »Los populismos latinoamericanos transfigurados« [»Die verwandelten Populismen Lateinamerikas“], in: *Nueva Sociedad*, Nr. 144: 90–104.
- Novaro, Marcos** (1998): »Populismo y gobierno. Las transformaciones en el peronismo y la consolidación democrática argentina« [»Populismus und Regierung. Transformationsprozesse im Peronismus und die Konsolidierung der argentinischen Demokratie“], in: Felipe Burbano de Lara (Hrsg.): *El fantasma del populismo. Aproximación a un tema [siempre] actual [Das Gespenst des Populismus. Annäherung an ein (immer) aktuelles Thema]*. Caracas, Nueva Sociedad: 25–49.
- Nun, José** (1998): »Populismo, representación y menemismo« [»Populismus, Repräsentation und Menemismus“], in: Felipe Burbano de Lara (Hrsg.): *El fantasma del populismo. Aproximación a un tema [siempre] actual [Das Gespenst des Populismus. Annäherung an ein (immer) aktuelles Thema]*. Caracas, Nueva Sociedad: 49–81.
- O'Donnell, Guillermo** (Januar 1994): »Delegative Democracy«, in: *Journal of Democracy*, Bd. 5 (1): 55–69.
- Panizza, Francisco** (2013): »What Do We Mean When We Talk About Populism?«, in: Carlos de la Torre und Cynthia Arnson (Hrsg.): *Latin American Populism in the Twenty First Century*. Baltimore-Washington, DC, The Johns Hopkins University/Woodrow Wilson Center Press, 85–117.
- Peruzzotti, Enrique** (1997): »Civil Society and the Modern Institutional Complex: The Argentine Experience«, in: *Constellations*, Bd. 4 (1): 88–94.
- (2008): »Populismo y representación democrática« [»Populismus und demokratische Repräsentation“], in: Carlos de la Torre und Enrique Peruzzotti (Hrsg.): *El retorno del pueblo. El populismo y nuevas democracias en América Latina [Die Rückkehr des Volkes. Der Populismus und die neuen Demokratien Lateinamerikas]*. Quito Flacso: 97–125.

- Peruzzotti, Enrique** (2013): »Populism in Democratic Times: Populism, Representative Democracy, and the Debate on Democratic Deepening«, in: Carlos de la Torre and Cynthia Arnson (Hrsg.): *Latin American Populism in the Twenty First Century*. Baltimore und Washington, DC, The Johns Hopkins University and the Woodrow Wilson Center Press: 61–85.
- Quijano, Anibal** (1998): »Populismo y fujimorismo« [»Populismus und Fujimorismus“], in: Felipe Burbano de Lara (Hrsg.): *El fantasma del populismo. Aproximación a un tema [siempre] actual [Das Gespenst des Populismus. Annäherung an ein (immer) aktuelles Thema]*. Caracas, Nueva Sociedad: S.171–207.
- Quintero, Rafael und Erika Silva**: »Ecuador: la alianza de la derecha y el corporativismo en el ‘putsch’ del 30 de septiembre del 2010« [»Ecuador: das Bündnis der Rechten mit dem Korporativismus und der ‚Putsch‘ vom 30. September 2010“], in: Ministerio de Coordinación de la Política y Gobiernos Autónomos Descentralizados (Hrsg.): 30 *S La Contrarrevolución [30 S: Konterrevolution]*. Quito, Ministerio de Coordinación de la Política y Gobiernos Autónomos Descentralizados: 75–95.
- Raby, D. L.** (2006): *Democracy and Revolution. Latin America and Socialism Today*. London: Pluto Press.
- Rancière, Jacques** (2010): *Dissensus. On Politics and Aesthetics*. London/New York: Continuum.
- Reyna, Feliciano und Yolanda D’Elia** (2009): *Amenazas a los derechos humanos y la democracia en Venezuela. Informe comprensivo de seguimiento [Bedrohungen für die Menschenrechte und die Demokratie in Venezuela. Ein umfassender Fortschrittsbericht]*. Caracas: Sinergia.
- Roberts, Kenneth** (Oktober 1995): »Neoliberalism and the Transformation of Populism in Latin America. The Peruvian Case«, in: *World Politics* Nr. 48: 82–116.
- Rovira Kaltwasser, Cristóbal** (2011): »The Ambivalence of Populism: Threat or Corrective for Democracy«, in: *Democratization*: 1–25.
- Sosa, Arturo** (2007): »Reflexiones sobre el poder comunal« [»Überlegungen zur Macht der Kommunen“], in: Margarita López Maya (Hrsg.): *Ideas para debatir el socialismo del siglo XXI [Beiträge zur Debatte über den Sozialismus des 21. Jahrhunderts]*. Caracas, Alfa: 41–59.
- Vilas, Carlos** (1995): »Estudio preliminar. El populismo o la democratización fundamental de América Latina« [»Populismus oder grundsätzliche Demokratisierung Lateinamerikas“], in: Carlos Vilas (Hrsg.): *La democratización fundamental. El populismo en América Latina [Grundsätzliche Demokratisierung. Der Populismus in Lateinamerika]*. México, DF, Consejo Nacional para la Cultura y las Artes: 11–118.
- Weffort, Francisco** (1998): »El populismo en la política brasilera« [»Der Populismus in der brasilianischen Politik“], in: María Moira Mackinnon und Mario Alberto Petrone (Hrsg.): *Populismo y neopopulismo en América Latina. El problema de la Cenicienta [Populismus und Neopopulismus in Lateinamerika. Das Aschenputtel-Problem]*. Buenos Aires, Editorial Universitaria de Buenos Aires: 135–153.
- Weyland, Kurt** (1996): »Neopopulism and Neoliberalism in Latin America: Unexpected Affinities«, in: *Studies in Comparative International Development*, Bd. 31 (3): 3–31.
- (2001): »Clarifying a Contested Concept. Populism in the Study of Latin American Politics«, in: *Comparative Politics*, Bd. 34 (1): 1–23.
- (2003): »Neopopulism and Neoliberalism in Latin America: How Much Affinity?«, in: *Third World Quarterly* Nr. 24: 1095–1116.
- (2006): »The Rise and Decline of Fujimori’s Neopopulist Leadership«, in: Julio Carrión (Hrsg.): *The Fujimori Legacy. The Rise of Electoral Authoritarianism in Peru*. University Park, The Pennsylvania State University: 13–38.
- (2013): »Authoritarian Trends in Latin America: Special Threats from the Populist Left«, in: *Journal of Democracy*, zur Veröffentlichung vorgesehen.
- Wilpert, Gregory** (2007): *Changing Venezuela by Taking Power. The History and Policies of the Chávez Government*. London: Verso.
- Zúquete, José Pedro** (2008): »The Missionary Politics of Hugo Chavez«, in: *Latin American Politics and Society*, Bd. 50 (1): 91–122.



Über den Autor

Carlos de la Torre ist Professor für Soziologie und Direktor für Internationale Studien der Universität von Kentucky, Lexington. Im Jahr 2011 Stipendiat der John Simon Guggenheim Memorial Foundation sowie Stipendiat des Woodrow Wilson International Center for Scholars.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dörte Wollrad | Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik

Tel.: ++49-30-269-35-7484 | Fax: ++49-30-269-35-9253
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen/Kontakt:
info-lak@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-640-6